

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

„Existenzfragen für die europäische Politik“

KONFERENZ DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND DES JOHANNES PAUL II. ZENTRUM WARSAU „PAPST JOHANNES PAUL II. UND DAS GEISTIGE FUNDAMENT DER EUROPÄISCHEN EINIGUNG“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Cieszę się, że mogę znowu być w Polsce i w Warszawie. Cieszę się, że jestem w Waszym pięknym kraju i Waszej tak bardzo europejskiej stolicy.¹

Ebenso erfreut bin ich über die Zusammenarbeit, die erkennbar gute Zusammenarbeit zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Johannes Paul II. Zentrum. Unsere erfolgreiche Kooperation hat diese Konferenz über „Johannes Paul II. und das geistige Fundament der europäischen Einigung“ möglich gemacht.

Das freut mich sowohl als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, aber auch ganz persönlich. Mein ausdrücklicher Dank gilt zum einen dem stellvertretenden Direktor des Johannes Paul II. Zentrum, Ihnen verehrter Michal Lutschewsky, sowie zum anderen Ihnen, lieber Christian Schmitz, dem Leiter unseres Auslandsbüros in Polen, für die Realisierung dieser Konferenz.

Seit bald 25 Jahren existiert unser Warschauer Büro. Im November 1989 wurde es als erste Vertretung in den damaligen „Ostblockstaaten“ eröffnet. Stiftungsvorsitzender war damals Bernhard Vogel. Gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl, der auf Staatsbesuch in Polen war, wollte er es am 10. November 1989 eröffnen.

Aber der Mauerfall am 9. November veranlasste Helmut Kohl, seinen Staatsbesuch zu unterbrechen. Er flog nach Berlin und sprach vor dem Schöneberger Rathaus. An der Eröffnung unseres Büros hat er daher nicht teilgenommen. Erst tags darauf, am 11. November, kehrte er nach Warschau zurück und setzte seinen Staatsbesuch fort – u. a. mit einem Gottesdienst auf Gut Kreisau am 12. November, zusammen mit Polens damaligem Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki, zelebriert von Alfons Nossol.

Die Versöhnungsmesse wie auch die anschließende Umarmung beider Regierungschefs waren historische Ereignisse; Symbole für den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen unserer beiden Völker.

Bis vor 25 Jahren trennte uns der Eiserne Vorhang. Vor zehn Jahren, am 1. Mai 2004, trat Polen gemeinsam mit den einst sowjetisch besetzten baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn der Europäischen Union bei. Heute sind wir gleichberechtigte Partner in der Europäischen Union. Es ist für uns Deutsche von besonderer Bedeutung, die Aussöhnung mit Polen jeden Tag ein Stück voranzubringen.

Mir persönlich war und ist dies nicht nur ein Anliegen des Verstandes, sondern auch des Herzens. Als Präsident des Europäischen Parlaments habe ich zwölf Mal Polen besucht. Die Versöhnung und die Freundschaft mit Polen hat mein ganzes politisches Leben begleitet.

¹ Ich freue mich in Polen und in Warschau zu sein. Ich freue mich in Ihrem schönen Land und in Ihrer so europäischen Hauptstadt zu sein.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

WARSCHAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Die entscheidenden Schritte zur Versöhnung gingen von Polen aus! Ohne den Hirtenbrief der polnischen Bischöfe von 1965 – „wir [...] gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ –, ohne Solidarność, ohne Papst Johannes Paul II., wäre der Wandel in der Mitte Europas unmöglich gewesen.

Papst Johannes Paul II., der „Türöffner der Freiheit“, wie ihn Helmut Kohl einst nannte; der am 27. April 2014 in Rom von Papst Franziskus Heiliggesprochene, hat einst gesagt: der Wille Gottes habe „Deutsche und Polen zu Nachbarn gemacht. [...] unsere gemeinsame Aufgabe und Verantwortung [ist es], in Einigkeit zu leben“.

Wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, fühlen uns dieser „gemeinsamen Aufgabe und Verantwortung“ verpflichtet. Sie nehmen in unserer Arbeit besonderen Raum ein. In Deutschland und Polen arbeiten wir dafür, dass unsere Völker „in Einigkeit leben“, dass wir unsere Beziehungen ausbauen und vertiefen, dass unsere Freundschaft noch enger und fester wird. Zum Wohl unserer Völker und zum Wohl der Europäischen Union.

Nur gemeinsam werden wir die anstehenden Herausforderungen in der Europäischen Union erfolgreich bewältigen. Nur gemeinsam werden wir unsere Zukunft in der Europäischen Union gestalten können. Unsere gemeinsame Zukunft!

Welch` weiten Weg zum Guten sind wir in Europa bislang gegangen!

Dank mutiger Männer ist nach 1945 zunächst der westliche Teil Europas diesen neuen Weg gegangen. Dank der Gründerväter der europäischen Einigung um Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer leben wir heute in der Europäischen Union in einem vereinten Europa des Friedens und der Freiheit, der Demokratie und des Rechts.

Dieses Erbe der Gründerväter verpflichtet uns, uns täglich aufs Neue für die Fortsetzung der friedlichen europäischen Einigung zu engagieren. Dabei wissen wir, dass die Europäische Union nicht das ganze Europa

ist. Auch die Menschen in der Ukraine sind Europäer.

Die Ereignisse in der Ukraine – die zu Europa, aber nicht zur Europäischen Union gehört – führen uns vor Augen, Welch` weiten Weg wir mit der europäischen Einigung in der Europäischen Union gegangen sind; Welch` großartige Leistung es war, weg von Konflikt und Misstrauen hin zu Kompromiss und Vertrauen zu gelangen.

Die Situation in der Ukraine führt uns in dramatischer Weise vor Augen, dass der Frieden in Europa gefährdet bleibt!

Dabei ist das russische Vorgehen zutiefst unglaublich: Auf der Krim und in der Ost-Ukraine werde, so heißt es aus Moskau, das Selbstbestimmungsrecht von Russen verteidigt. Zugleich verweigert man aber den Völkern des Kaukasus – so den Tschetschenen – ein vergleichbares Recht.

Wir dürfen daher den Umgang Moskaus mit der Ukraine nicht widerspruchslos hinnehmen. Die Annexion der Krim stellt einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Die Europäische Union muss dazu eine klare Position haben. Wir müssen den völkerrechtlichen Verstoß Russlands immer wieder klar und deutlich benennen.

Russland muss spüren, dass es etwas falsch gemacht hat. Das Land verhält sich wie im 19. Jahrhundert; sein Präsident denkt in den Dimensionen der Sowjetunion; und wenn sein Außenminister sagt, überall dort, wo Russen leben, bestünde die Verantwortung der Russischen Föderation, dann ist das geradezu eine rhetorische Angriffserklärung gegen Estland und Lettland, wo große russische Minderheiten wohnen.

Das russische Vorgehen ist eine besondere Bewährungsprobe für die Solidarität in der Europäischen Union. Estland und Lettland, ebenso wie Litauen und die anderen mitteleuropäischen Länder sind Mitglieder der Solidargemeinschaft Europäische Union. Die Bedrohung eines dieser Länder ist eine Bedrohung für die gesamte Europäische Union.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft, in der das Recht die Macht hat; in der nicht – wie gegenwärtig in Russland – die Macht das Recht diktiert. Wir respektieren in der Europäischen Union die Menschenrechte, den Frieden, die Freiheit, die Demokratie, den Rechtsstaat. Die gegenseitige Solidarität ist das Band, das uns verbindet.

Die Zeit des sowjetischen Imperialismus ist vorbei. Estland, Lettland und Litauen wie auch Polen und die anderen ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten haben sich aus freien Stücken für den Beitritt zur Europäischen Union entschieden. Es gilt das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Warum haben sich Polen und die übrigen genannten Ländern für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union entschieden? Weil sie ihnen – wie auch die NATO – u. a. Sicherheit gibt. Diesen hohen Wert der Europäischen Union müssen wir in der gegenwärtigen Situation immer wieder deutlich machen.

Die internationale Gemeinschaft muss sich dem russischen Vorgehen entgegenstellen. Moskau muss wissen: Wenn es weiter so handelt, wird das und muss das Konsequenzen haben. Dann sind meines Erachtens weitreichendere Sanktionen als die bisherigen ein angemessenes Mittel.

Wichtig ist aber auch: Wir müssen im Gespräch bleiben! Es darf niemals ein Ende der Diplomatie geben!

Jetzt, nach den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 25. Mai 2014, müssen alle Seiten das Ergebnis dieser Wahlen akzeptieren und respektieren. Den diesbezüglichen Äußerungen Wladimir Putins von vor der Wahl müssen Signale der Entspannung folgen, bspw. was die Gewaltmaßnahmen der sog. Separatisten in der Ost-Ukraine angeht. Auch muss es einen vollständigen Abzug aller russischen Truppen von der ukrainischen Grenze geben.

Vor allem aber müssen die Kampfhandlungen oder – anders ausgedrückt – müssen die kriegsähnlichen Handlungen, die mitt-

lerweile im Osten des Landes toben, ein Ende haben. Eine weitere Eskalation muss verhindert werden, weil ansonsten ein Auseinanderbrechen der Ukraine mit unabsehbaren Folgen droht.

Auf die Präsidentschaftswahlen müssen Parlamentswahlen folgen. Zudem muss eine Verfassungsänderung folgen, die die nationale Einheit der Ukraine bewahrt und zugleich die Föderalisierung des Landes in den Blick nimmt.

Die Ukrainer haben das Recht über ihre Zukunft selbst zu entscheiden. Mit aller Kraft müssen die Europäische Union und die internationale Gemeinschaft darauf hinwirken, dass ihnen dieses Recht gewährt wird. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Ukraine eine friedliche und freiheitliche Zukunft hat.

Die Krise in der Ukraine zeigt: Die Europäische Union besteht aus sehr viel mehr als nur aus Währungs- und Haushaltsfragen. Ein wichtiges Element des stabilen europäischen Hauses ist die Sicherheitspolitik. Gerade hier in Polen weiß man: Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles nichts.

Oft höre ich, dass Sicherheitspolitik für die Europäische Union keine Priorität mehr haben müsse, weil Krieg auf unserem Kontinent praktisch unvorstellbar geworden sei. Richtig daran ist: Die sicherheitspolitischen Herausforderungen für uns Europäer haben sich verändert. Der europäische Einigungsprozess hat Stabilität, Ausgleich und Kooperation auf unserem Kontinent in historisch beispielloser Weise befördert. Die Europäische Union ist ein unvergleichlich erfolgreiches Friedensprojekt. Europa heißt heute Frieden.

Aber: Was in der Ukraine geschieht, führt uns schmerzlich vor Augen, dass dies – noch – nicht für ganz Europa gilt; dass nach wie vor Kriege und militärische Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent möglich sind. Es ist daher falsch zu sagen: Sicherheitspolitik spiele keine Rolle mehr.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Wir Europäer haben es selbst in der Hand, unsere Sicherheitspolitik zu gestalten. Mit dem Vertrag von Lissabon hat die Europäische Union einen großen Schritt in die richtige Richtung getan. Die im Vertrag von Lissabon beschlossene Umbenennung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik signalisiert eine qualitative Veränderung.

Der Vertrag von Lissabon hat einige Instrumente der europäischen Sicherheitspolitik geschärft, andere hat er neu geschaffen. Zwei dieser Instrumente möchte ich hervorheben, weil sie mir für die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik – und damit für die Zukunft des europäischen Gedankens insgesamt – von besonderer Bedeutung zu sein scheinen.

Das erste dieser beiden Instrumente ist das Amt des Hohen Vertreters der Europäischen Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, das Lady Ashton bekleidet. Die Hohe Vertreterin ist zugleich Vizepräsidentin der Europäischen Kommission – verfügt also über Haushalts-Verantwortung – und Vorsitzende des Rates für Auswärtige Angelegenheiten. Dieser „kleine Doppelhut“ hebt ihr Amt über das des früheren Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

In der Praxis der europäischen Außenpolitik kommt es immer noch auf das Zusammenspiel zwischen Hohem Vertreter, dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten der Europäischen Kommission und den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten an.

Aber die symbolische Bedeutung dieses neuen Amtes, des Hohen Vertreters, ist enorm. Zumindest kann Henry Kissingers berühmte Frage, welche Telefonnummer er denn wählen müsse, um mit „Europa“ zu sprechen, nun eindeutiger denn je beantwortet werden.

Symbolische Bedeutung ist nicht zu unterschätzen. Ich weiß noch, wie man uns belächelt hat, als wir im Europäischen Parlament 1984 den heutigen Unterausschuss „Sicherheit und Verteidigung“ gründeten: Jetzt

fangen die im Europäischen Parlament auch noch an, über Sicherheit und Verteidigung und Außenpolitik zu sprechen. Sind ja alle ganz nett, diese Europäer, aber so einen kleinen Vogel haben sie doch alle. Weil sie jetzt in die Europäische Gemeinschaft ein Thema bringen, das mit der Europäischen Gemeinschaft, wie viele dachten, überhaupt nichts zu tun habe. Aber ohne Sicherheit, ohne Verteidigung unserer Werte, haben wir keine starke Europäische Union. Aus einer zunächst symbolischen, strukturellen Neuerung erwuchs mit der Zeit ein neues Selbstverständnis und neue politische Substanz.

Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik ist das eine Instrument des Vertrages von Lissabon, das ich betonen möchte. Das andere Instrument, das meines Erachtens für die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik eine womöglich noch größere Bedeutung haben wird, ist die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ).

Die SSZ erlaubt es jenen Mitgliedsstaaten, die zu einer engeren verteidigungspolitischen Kooperation bereit sind, sich im Rahmen der Europäischen Union enger zusammenzuschließen. Dies kann z. B. durch stärkere Beteiligung an multinationalen Streitkräften oder großen europäischen Ausrüstungsprogrammen geschehen.

In diesem Zusammenhang ist auch an eine effizientere Nutzung der Europäischen Verteidigungsagentur zu denken, die bislang unter ihren Möglichkeiten als Koordinationszentrum europäischer militärischer Forschung, Entwicklung, Beschaffung und Rüstung geblieben ist.

Konkret zielt die SSZ darauf ab, einsatzfähige Truppenkontingente zu schaffen. Sie sollen auf künftige Operationen der Europäischen Union ausgerichtet und daher als verlegfähige Gefechtsverbände konzipiert sein. Damit richtet sich die SSZ auch gegen die auf Dauer inakzeptablen Kapazitätslücken der Europäer im strategischen und taktischen Lufttransport, der militärischen Aufklärung und dem Schutz der eigenen Kräfte im Einsatz.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Die SSZ kann der europäischen Sicherheitspolitik erhebliche neue Dynamik verleihen. Denn nicht nur ermöglicht sie es einer Vorhut der europäischen Mitgliedsstaaten, neue Initiativen zu erproben und unter dem Dach der Europäischen Union neue Schritte zu tieferer Integration und wirksamerer Nutzung bestehender und zukünftiger Ressourcen zu wagen.

Sie bleibt auch später hinstoßenden Mitgliedsstaaten grundsätzlich offen, sofern diese die notwendigen Kriterien erfüllen und sich zur Mitwirkung an den Zielen der SSZ bereiterklären. Sie verbindet daher den Mut zur Weiterentwicklung mit einer nicht zwanghaften, aber inklusiven und gemeinschaftlichen Grundhaltung.

Die Zukunft der europäischen Sicherheitspolitik zu entwerfen, ist eine gewaltige Aufgabe. Sie erfordert das Zusammenwirken vieler kluger Köpfe aus allen Teilen der Europäischen Union und allen Generationen.

Ich habe über zwei neue, sicherheitspolitisch relevante Instrumente des Vertrages von Lissabon gesprochen. Darüber hinaus möchte ich Ihnen noch zwei weitere Botschaften mit auf den Weg geben, die Sie bitte verinnerlichen mögen.

Die erste Botschaft lautet, dass europäische Sicherheitspolitik sich niemals auf das Militärische beschränken kann und darf. Die zweite Botschaft lautet, dass wir dennoch die militärische Schlagkraft der Europäischen Union erhöhen müssen, indem wir die tiefere Integration wagen.

Manche, nicht zuletzt in Deutschland, verstehen die Europäische Union als „Zivilmacht“. Wenn damit Pazifismus und der Verzicht auf militärische Stärke gemeint sind, ist das ein Irrweg. Verantwortungsvolle Sicherheitspolitik erfordert auch starke Streitkräfte. Sie sind Ausdruck unseres Selbstbehauptungswillens als Europäer.

Das bedeutet eben nicht, dass militärische Stärke ein Selbstzweck ist. Und schon gar nicht, dass das Militär uns als bevorzugtes Mittel der Konfliktlösung dienen soll. Das ist nicht der europäische Weg!

Vielmehr sind wir stolz auf unsere Leistungen in der Entwicklungshilfe, der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der konfliktverhütenden Diplomatie. Diese Leistungen tragen erheblich zur internationalen Stabilität bei und bilden den Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Das sollten wir auch weiterhin pflegen, denn die meisten der Konflikte und Bedrohungen des 21. Jahrhunderts werden mit militärischen Mitteln nicht oder zumindest nicht allein zu bewältigen sein – das gilt auch für den Konflikt in der Ukraine.

Es ist Aufgabe der Europäischen Union, das Entstehen neuer Ordnungen mit friedlichen Mitteln zu unterstützen. Im Interesse der Menschen vor Ort und im Interesse einer freien, stabilen und prosperierenden europäischen Nachbarschaft.

Das Zivile ist also der Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik; militärische Mittel vervollständigen ihn. Denn die europäische Politik der Krisenprävention braucht einen starken Rückhalt, damit sie glaubwürdig und wirksam bleibt.

Wir brauchen diesen Rückhalt auch, um unsere Werte und unser Gemeinwesen gegen diejenigen zu verteidigen, die sie mit Gewalt bekämpfen, und wir brauchen diesen Rückhalt, um für unsere Verbündeten kraftvoll eintreten zu können, wenn sie in Not geraten.

Dazu bedarf es einer effizienten, gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik, die über die Möglichkeiten einzelner europäischer Staaten hinausgeht. Der Vertrag von Lissabon schafft die Grundlagen, um dieses Ziel zu erreichen.

Seit 1979, seit seiner ersten Direktwahl habe ich dem Europäischen Parlament angehört. Mit der Wahl Ende Mai 2014 bin ich nach 35 Jahren ausgeschieden. 1979 besaß das Europäische Parlament keinerlei Gesetzgebungsbefugnisse. Heute steht es im Zentrum einer parlamentarischen Demokratie, von der wir 1979 nur träumen konnten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich der Anteil der Bereiche, in denen das Parlament gemeinsam mit dem Ministerrat entscheidet, auf nahezu einhundert Prozent erhöht, einschließlich der Agrar- und Fischereipolitik sowie der internationalen Handelspolitik – ausgenommen sind die Steuern.

Zusammen mit den nationalen Regierungen entscheiden wir über den Haushalt der Europäischen Union von gegenwärtig 132,8 Milliarden Euro, der vom Präsidenten des Europäischen Parlaments unterschrieben wird. Auf diesem Weg, über den Haushalt, kann das Europäische Parlament Einfluss auf viele Politikbereiche nehmen – auch auf die Außenpolitik.

Seine Rolle in der Außenpolitik und bei internationalen Vereinbarungen, insbesondere der Handelspolitik, wurde generell aufgewertet. Das Parlament kann Vertragsänderungen anregen. Es ist bei Regierungskonferenzen, die Vertragsänderungen vorbereiten und beschließen, dabei. Auch sind die Kompetenzen des Europäischen Parlaments im justiziellen und polizeilichen Bereich entscheidend ausgeweitet worden. Das Gleiche gilt für die Agrarpolitik.

Weiter sind die Kontrollbefugnisse des Parlaments gegenüber der Kommission verbessert. Der Kommissionspräsident wird vom Parlament auf Vorschlag der Regierungen der Mitgliedsstaaten gewählt, die dabei das Ergebnis der letzten Europawahl berücksichtigen müssen.

Hören wir auf zu glauben, die Kommission sei nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Man mag die Kommission kritisieren – und man muss jeden Einzelfall genau betrachten. Aber die Kommission ist heute parlamentarisch legitimiert, und sie hat auch eine Rückkoppelung an die Regierungen, weil die Regierungen den Präsidenten unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses vorschlagen.

Das bedeutet nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt. Wenn wir von Reformen sprechen, dann würden unsere Institutionen wahrscheinlich gleich an institutionelle Reformen denken. Für mich bedeutet Re-

form, dass man das, was man hat, zunächst einmal nutzt, um es zu gestalten.

Was weitere Reformen der Strukturen der Europäischen Union angeht, so bin ich dafür, dass wir den Ministerrat stärken. Wir erleben, dass der Europäische Rat, dass die Staats- und Regierungschefs, die natürlich eine Führungsrolle haben, sehr viel entscheiden. Dies geht auf Kosten des Ministerrates.

Meine Meinung ist daher, dass wir den Ministerrat wieder stärken sollten, damit er seine Aufgabe als Gesetzgeber – gemeinsam mit dem Europäischen Parlament – wahrnehmen kann. Entscheidend dabei ist, dass wir den politischen Willen dazu haben.

Mit dem Vertrag von Maastricht, dem die nationalen Parlamente zugestimmt haben, wurde akzeptiert, dass die jährliche Neuverschuldung nicht höher als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts sein darf. Das heißt, auch in Deutschland ist der Gesetzgeber gebunden.

Wenn heute also beschlossen wird, dass die Europäische Kommission vor der Verabschiedung der nationalen Haushalte noch mal in eben diese nationalen Haushalte hineinschaut, ob die Kriterien von Maastricht und anderen Vereinbarungen eingehalten werden, so setzt das die Hoheit der nationalen Parlamente in keiner Weise außer Kraft. Es ist ein Mittel, dass alle das europäische Recht einhalten. Das ist ganz entscheidend: Wir sind eine Rechtsgemeinschaft – und das europäische Recht muss eingehalten werden.

Im Übrigen sollten wir Deutsche nicht vergessen, wenn wir heute nach Griechenland und in andere Länder schauen: Im Jahr 2003 waren es Deutschland und Frankreich, die die Kriterien von Maastricht gebrochen haben. Das war damals kein gutes Beispiel!

Die Europäische Kommission sollte sich schrittweise zu einer europäischen Regierung entwickeln. Sie muss eine stärkere politische Rolle wahrnehmen. Auch finde ich, dass sie mit heute 28 Kommissaren viel zu groß ist. Die Mitgliedsstaaten der Europäi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

WARSCHAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

schen Union haben rechtlich die Möglichkeit, sie durch einstimmigen Beschluss zu verkleinern. Man hat das 2012 versucht, doch haben sich besonders die kleineren Länder dem entgegen gestellt, weil sie mit einem Mitglied in der Kommission vertreten sein wollen.

Doch immer, wenn ein Land der Europäischen Union beitrifft und die Kommission dadurch größer wird, entwickelt sich eine Eigendynamik, dass die Bürokratie immer neue Vorschläge macht, die häufig überhaupt keine Zustimmung finden. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir die Kommission unter Einhaltung des europäischen Rechts verkleinern. Man muss deswegen nicht die Verträge ändern.

Wir bereits beschrieben, sind die Ämter des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik zum Amt des Hohen Vertreters der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik inzwischen zusammengefasst worden.

Ich finde es überlegenswert, ob nicht auch der Präsident des Europäischen Rates und der Präsident der Kommission zusammengeführt werden sollten, um die Sichtbarkeit der Europäischen Union zu stärken und auch um den Dualismus zwischen den beiden Institutionen zu reduzieren. Zudem könnte man nachdenken, wie er gewählt werden sollte, ob direkt von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union oder den nationalen Parlamenten und Regierungen. Ich empfehle, über diese Frage nachzudenken.

Gestatten Sie mir, meinen Vortrag über die „Existenzfragen für die europäische Politik“, mit einigen Worten über jenen Mann, jenen Heiligen abzurunden, der uns hier in Warschau zusammengeführt hat; dessen Leben und Wirken eng mit der Existenz unserer heutigen Europäischen Union verknüpft ist.

Nach einer Amtszeit von nur 33 Tagen war am 28. September 1978 völlig unerwartet Papst Johannes Paul I. verstorben. Am 16. Oktober 1978 wurde Karol Kardinal Wojtyła

aus Krakau sein Nachfolger. In Erinnerung an seinen plötzlichen verschiedenen Vorgänger wählte er den Namen Johannes Paul II.

Den Krakauer Kardinal zum Papst zu wählen, war ein Signal für die Zukunft: Widerstand gegen den Kommunismus, Überwindung des totalitären kommunistischen Regimes, Überwindung der Teilung Europas. Welch' revolutionäre Tat der katholischen Kirche!

Karol Wojtyła war bereits als polnischer Bischof zutiefst davon überzeugt, dass die deutsch-polnische Aussöhnung eine historische Notwendigkeit und von grundlegender Bedeutung für die Zukunft Europas ist. Von Anfang an war er zudem darum bemüht, die Bedeutung der osteuropäischen Länder für Europa in Erinnerung zu rufen und sie in Europa einzubinden.

Mit seinem Bild von den zwei „Lungenflügeln“, die Europa zum Atmen benötige, verlieh er seiner Überzeugung Ausdruck, dass Europa ohne die mittel- und osteuropäischen Staaten nicht bestehen könne. Die Aufhebung der Teilung Europas und die Versöhnung zwischen Deutschland und Polen waren ihm ein persönliches Anliegen.

Als einer der Teilnehmer des Zweiten Vatikanischen Konzils war Karol Józef Wojtyła maßgeblich an der Abfassung des Hirtenbriefes von 1965 beteiligt. Bei einem Besuch in Köln im September 1978 sagte der damalige Kardinal: „[...] wir wollen einen neuen Blick gewinnen auf die Geschichte unserer Völker und auf die uns von der göttlichen Vorsehung gegebene Nachbarschaft, die im Laufe der Geschichte oft eine schwierige Nachbarschaft gewesen ist.“ Mit unvorstellbarer Weitsicht sprach er einige Sätze später von seiner Vision, „dass dies zur Gestaltung eines neuen Antlitzes Europas und der Welt beitragen wird“. Für den künftigen Papst stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest, dass die kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa und somit die Teilung des europäischen Kontinentes nicht von Dauer sein würden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

WARSAU

DR. HANS-GERT PÖTTERING
MDEP
VORSITZENDER DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
PRÄSIDENT DES
EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS A.D.

11. Juni 2014

www.kas.de

Die Wahl eines Polen, „der die Bestrebungen der slawischen Völker kennt“, zum Nachfolger auf dem Stuhl Petri im Oktober 1978 ist bisher etwas Einmaliges in der Geschichte der katholischen Kirche. Nach 450 Jahren wurde zum ersten Mal wieder ein Nichtitaliener zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt.

Die Bedeutung dieser Fügung für die Zukunft Europas in den Zeiten des Kalten Krieges kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie war eine entscheidende Weichenstellung für das Zusammenwachsen des europäischen Kontinentes nach einer Zeit der Spaltung und Blockbildung.

Bei seiner Amtseinführung als Papst rief Johannes Paul II. den Menschen zu: „Habt keine Angst! Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet die Grenzen der Staaten, der wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts seiner rettenden Macht. Habt keine Angst!“ Diese Worte gelten als Fanal für die Freiheitsbewegungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern, an deren Anfang 1980 die Demonstrationen der Solidarność standen und die mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 ein bis dahin undenkbares, glückliches Ende fanden. Die Worte Johannes Pauls II. leiteten den Sieg der Freiheit in Europa ein.

Mit seinem Bemühen um ein geeintes Europa und dem Streben nach Freiheit für alle Menschen, war Johannes Paul II. seiner Zeit weit voraus. Er war Impulsgeber und Wegbereiter für die Überwindung der Teilung Europas. Er hat vielen Menschen überall auf der Welt, aber ganz besonders den Menschen in seiner Heimat Polen Mut gemacht, ohne Furcht eine neue Welt zu gestalten.

Wir Deutsche verdanken diesem Mut das Wunder der Wiedervereinigung. Wir Europäer verdanken diesem Mut die Überwindung der Grenzen in Europa. Nie haben die Menschen in Mittel- und Osteuropa die Hoffnung aufgegeben, eines Tages wieder in Freiheit und Demokratie zu leben und ihren angestammten Platz in der Familie der demokratischen Staaten Europas einnehmen zu können.

Mögen wir Deutsche niemals vergessen, dass wir die Einheit Deutschlands in Freiheit auch den freiheitsliebenden Polen und den anderen freiheitsliebenden Völkern in der Mitte und dem Osten Europas verdanken.

Dem Vorgehen der katholischen Bischöfe und von Papst Johannes Paul II., aber auch von zahlreichen anderen Persönlichkeiten, verdanken wir wichtige Impulse für die europäische Einigung. Das geistige Fundament ihrer Bemühungen war und ist das Christentum.

Johannes Paul II. hat dieses geistige Fundament als Chance für das gemeinsame Handeln der europäischen Länder verstanden. Er hatte sehr konkrete Vorstellungen von dem „gemeinsame[n] Haus aller europäischen Nationen“, das er in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament 1988 eindringlich beschrieben hat. Dabei hatte er stets das ganze Europa im Blick, Ost wie West, das durch seine christlichen Wurzeln über alle Grenzen hinweg miteinander verbunden ist.

Seine Seligsprechung am 1. Mai 2011, vor allem aber seine Heiligsprechung vor einigen Wochen, am 27. April 2014, mögen dazu beitragen, das Vermächtnis von Johannes Paul II. in Erinnerung zu halten und sein Wirken als Mahnung zu verstehen: Es ist die Mahnung an uns, sein Bemühen um die geistige Einheit Europas fortzusetzen. Es mahnt uns, in der Besinnung auf unsere gemeinsamen Wurzeln und Werte, auch in Zukunft die Einigung Europas zu gestalten.

Herzlichen Dank!